

Drogenschmuggel,

Sicherheitsleck in Behördensoftware

Bayerische Gesundheitsbehörden verarbeiten hochsensible Daten. Doch die IT-Systeme, die Patientendaten schützen sollen, weisen laut Medienberichten massive Sicherheitslücken auf. **Ruth Waldmann (SPD)** fragte daher bei der Staatsregierung nach, welche Gesundheitsämter die Software der Firma Mikroprojekt nutzen oder genutzt haben und welche Kenntnisse über die Lücken beim Schutz sensibler Daten vorliegen.

Das Gesundheitsministerium schreibt in seiner Antwort, die Gesundheitsämter seien seit dem Jahr 1996 keine staatlichen Sonderbehörden mehr, sondern vollständig in die Kreisverwaltungsbehörden integriert. „Daher obliegt es der jeweiligen Kreisverwaltungsbehörde in eigener Zuständigkeit, geeignete Softwareprodukte für die Gesundheitsämter auszuwählen und einzusetzen.“ Das gelte auch für die IT-Sicherheit.

Das Softwareprodukt der Firma Mikroprojekt wird laut dem Haus von Gesundheitsministerin Judith Gerlach (CSU) in den Gesund-



Welche Gesundheitsämter nutzten die Software der Firma Mikroprojekt, fragte Ruth Waldmann (SPD). HARTMANN

heitsämtern Freyung-Grafenau, Ingolstadt, Miesbach, Oberallgäu, Regen und Unterallgäu eingesetzt. Nachdem vor einem Jahr erste Presseberichte über mögliche Sicherheitsmängel der Software bekannt wurden, seien die betroffenen Gesundheitsämter um Schließen potenzieller Sicherheitslücken aufgefordert worden. „Weder im Rahmen der damaligen Kontakttierung noch im weiteren Verlauf wurde dem Ministerium ein Vorfall bekannt, bei welchem durch Unbefugte auf Daten zugegriffen worden wäre.“



Software in Gesundheitsbehörden war nicht sicher. DPA/MARKUS SCHOLZ

Grüne: Frauengesundheit mehr in den Blick nehmen

„Auch wenn sich die Datenlage zur Frauengesundheit in Deutschland langsam verbessert, fehlen zu bestimmten Erkrankungen immer noch wichtige Informationen, etwa zur Prävalenz von weit verbreiteten gynäkologischen Erkrankungen wie der Endometriose“, schreiben **Kerstin Celina und Laura Weber (beide Grüne)**. Obwohl laut Bericht zur Frauengesundheit in Deutschland des Robert Koch-Instituts (RKI) bis zu 15 Prozent aller Frauen im gebärfähigen Alter an Endometriose erkrankt sind, vergehen von den ersten Symptomen bis zur Diagnosestellung im Schnitt immer noch zehn Jahre. Sie forderten daher, mehr für die Frauengesundheit zu tun.

Laut Gesundheitsministerium gab es im Jahr 2023 rund 35 500 ambulante gesetzlich versicherte Patientinnen in Bayern, die in mindestens zwei Quartalen die Diagnose Endometriose aufwiesen. Gut 60 Prozent der Endometriose-Diagnosen hätten Frauen im Alter von 20 bis 44 Jahren betroffen. „Seit 2019 ist eine stetige Zunahme der Patientinnen mit Endometriose in Bayern zu verzeichnen“, heißt es in der Antwort.

Die ambulante Behandlung von Endometriose wird nach Angaben

des
ter
über
tra
per
che
Sch
dol
me
we
hin
ser
nic
F
un
ger
ker
Gy
un
Zu
lita
ger
bie
tio
Da
Ge
„EV



sch
un
nor
ger
der
me
ten
un
ein

